



UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

EXTRAUSGABE 1. Mai 2025

TRÖD: Was bleibt?

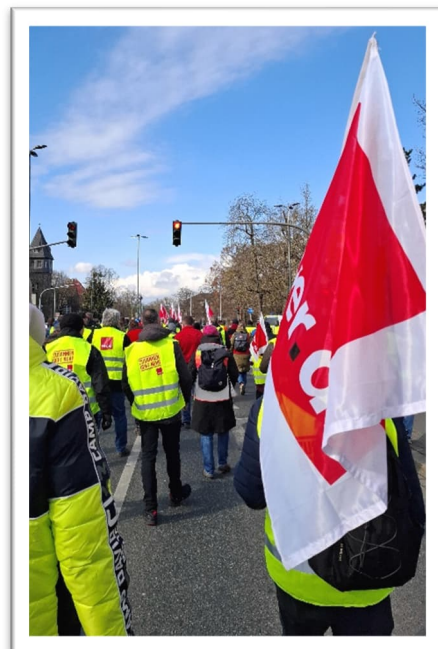
Mitte März waren wir in aller Munde. Überall im Land haben Leute wie wir ihre Arbeit im öffentlichen Dienst niedergelegt und sind streiken gegangen. Die Blockadehaltung der Arbeitgeber und die Dreistigkeit nicht einmal ein Angebot zu unterbreiten, hatte dazu geführt, dass mehr Leute auf die Straße gegangen sind. Auch in Göttingen waren gute Aktionen bei kämpferischer Stimmung und eine hohe Demonstrationsteilnahme. Doch was bleibt davon noch übrig?

Die Tarifkommission bereitet sich auf die nächste Runde in 2027 vor. Noch bevor die Einigung überhaupt eine Einigung ist, wurden die Mitglieder auf die nächste Runde vertröstet. Es sei „aus der aktuellen Lage das Maximum“ rausgeholt worden. Doch was ist dieses Maximum, wenn zeitgleich eine scheidende Bundesregierung milliarden-schwere Finanzpakete schnürt, um die Infrastruktur und das Land für den Krieg zu rüsten? Es ist alles gesagt, wenn die Bundesinnenministerin Faeser ihren Beitrag zur Einigung mit lieblichen Worten und Danksagung für die vertrauensvoll-konstruktive Zusammenarbeit beginnt.

Nun, von der Tarifrunde bleibt einiges über. Alle Beschäftigten im

öffentlichen Dienst werden mit der Annahme der Tarifeinigung einen Reallohnverlust hinnehmen müssen. Für 27 Monate wird wieder Friedenspflicht herrschen, der zusätzliche Urlaubstag kommt erst in zwei Jahren und die Arbeitszeit „kann“ auf 42 Stunden angehoben werden. Ja, diese Stundenaufstockung ist finanziell attraktiv. Was ist aber mit der Forderung nach weniger Arbeitszeit? Und wo bleibt die Entlastung für überlastete Menschen auf den Bauhöfen, in den Ämtern oder der Daseinsfürsorge? Wo ist die Forderung nach einer kurzen Laufzeit, um gegen eine weitersteigende Inflation kurzfristig reagieren zu können?

Die Streiks im haben Druck aufgebaut. In einer Streikwoche waren mehr als 150.000 Menschen im Warnstreik und sind auch danach weiterhin streikbereit! Auf der landesweiten Streikkundgebung in Hannover waren 25.000 KollegInnen! Nicht ohne Grund sehen sich die Arbeitgeberverbände, vorneweg Gesamtmetall, aufgerufen das Streikrecht erneut schleifen zu lassen. Es wird konkret auf ver.di Aktionen Bezug genommen, dass Streiks nicht so effektiv durchgeführt werden dürfen. Was braucht es denn noch mehr? Jetzt ist die Zeit, weiter zu kämpfen.



Mit der neuen Bundesregierung werden neue Angriffe auf den Sozialstaat und das Streikrecht folgen. Diese Regierung wird auf Krieg setzen und das dafür notwendige Geld aus uns arbeitenden Menschen herausquetschen. Dem können wir nur mit einem solidarischen Kampf gegen Arbeitsverdichtung, Reallohnverlust, Schleifen des Streikrechts und den in Vorbereitung befindlichen Krieg entgegentreten. Deswegen bleibt für diese Tarifrunde nur eine Losung übrig: Lehnt diese sogenannte Einigung ab und lasst uns gemeinsam streiken!

(mk)

NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Diese Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

Kriegsmedizin an der UMG?

Der Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*) rief Juli 2024 in einer Erklärung gegen die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf Krieg auf. Die „Verzahnung des Militärischen mit dem Gesundheitswesen“ wird „zu einer Bedrohung für die medizinische Versorgung“. Das zeigen die aktuellen Kriege in der Welt deutlich, in der Krankenhäuser immer wieder Ziel militärischer Angriffe werden. Diese Warnung verhallt. Nicht nur der scheidende Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) ruft zur Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens auf. Es finden unter erhöhtem Tempo zahlreiche „wissenschaftliche“ Tagungen zu Kriegsmedizin statt. Die Landesärztekammer Hessen veranstaltete im September 2024 ein „zivil-militärisches“ Symposium in Schloss Oranienstein unter dem Titel „Im Ernstfall: Was bedeutet Kriegsmedizin?“. Im März 2025 gab es eine Kritis-Fachtagung der Gesundheitsstadt Berlin mit dem Titel „Das deutsche Gesundheitswesen in Krieg und Katastrophe: Prüfstein für den Föderalismus“. Diskutiert wurden u.a. diese Fragen: „Auf welche abweichenden Verletzungsmuster und Krankheitsbilder müssen sich

Krankenhäuser in Deutschland in Krise und Krieg vorbereiten? Benötigen wir eine „Kriegsmedizin“ und was ist das genau?“. In der Presse wird die Zahl der Kriegsverwundeten von 1000 bis zu 5000 täglich als Größenordnung aufgebaut. Dies würde die bereits jetzt überlasteten Krankenhäuser und Kolleginnen, die von Spar- und Insolvenzwellen betroffen sind, über die Kapazitätsgrenze bringen. Der abgewählte Bundestag stimmte einem 500 Milliarden „Infrastrukturinvestitionsprogramm“ zu. Dies soll u.a. auch den Krankenhäusern zugutekommen. Allerdings geht es dabei im Wesentlichen um große kommunalen Krankenhäuser, Universitätskliniken sowie BG-Kliniken, denen nach ihrer Erklärung in „Krisenzeiten wie militärischen Konflikten“ eine „Schlüsselrolle“ zukommt.

Noch läuft die Debatte um eine Änderung des Lerncurriculums in Richtung Kriegsmedizin. Aber die ersten Verbindungen werden langsam sichtbar. So schreibt die FAZ nach der Aussage, dass im Krieg die Kliniken der Trauma-Netzwerke über eine zivil-militärische Stabsstelle koordiniert werden müssen, den kurzen Satz des Chefarztes der Göttinger Unfallchirurgie, Prof. Dr. Wolfgang Lehmann: „Die Kommunikation der Traumazentren intensivieren wir bereits“. Die FAZ berichtet dabei über eine Tagung der Deutschen

Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), wonach die Bundeswehr-Krankenhäuser und BG-Kliniken im Kriegsfall innerhalb von 48 Stunden ausgelastet seien. Die DGOU-Tagung findet in Kooperation mit der Bundeswehr und Kriegsprofiteuren statt.

Auf die Idee, Kriege zu verhindern, kommt in diesen Zeiten keiner mehr. Dagegen halten wirkliche Demokrat*innen der vdää* in ihrer Erklärung: „Wir sehen unsere Aufgabe als demokratische Ärzt*innen darin, über die unvermeidbaren und entsetzlichen gesundheitlichen Folgen von Kriegen aufzuklären, um diese einzudämmen oder zu verhindern. Wir wollen uns nicht an der Illusion beteiligen, dass ein Krieg mit direkter Beteiligung der Bundesrepublik beherrschbar oder gar zu „gewinnen“ sein wird und dass menschliche Schäden mithilfe von uns Ärzt*innen dabei in einem akzeptablen Maße gering gehalten werden könnten.“

Und schließen ihre Erklärung mit einer klaren Haltung zur internationalen Solidarität:

„Wir akzeptieren die Freund-Feind-Logik nicht und werden weiter auf internationale Solidarität aller Gesundheitsbeschäftigten, gerade auch mit denen in potentiellen Kriegsgegner-Ländern Deutschlands, hinarbeiten.“

Eine solche Haltung erwarten wir auch vom ärztlichem Kollegium der UMG, denn Kriegsmedizin widerspricht der Zivilklausel der Uni Göttingen.

(ajh)

Liesels Gänschen wundert sich:

Warum ist im öffentlichen Dienst mit Reallohnverlust "das Maximum rausgeholt", aber für Krieg und Aufrüstung sind Billionen da? Gute Frage!



Autos zu Panzern statt Schwerter zu Pflugscharen?

Wir müssen den Weg in die Kriegswirtschaft verhindern!



Die Kollegen von VW blicken mehr als sorgenvoll in die Zukunft aber zumindest für den Standort Osnabrück tat sich jüngst eine unerwartete Perspektive auf: Rheinmetall-Chef Papperger meint, das Werk eigne sich durchaus auch für den Bau militärischer Fahrzeuge. Panzer statt Autos? Klingt für manche vielleicht noch nach Zukunftsmusik, aber wir sind mittendrin im Übergang zur Kriegswirtschaft. Zivile Produktion für militärische Zwecke gibt es schon lange. In unmittelbarer Göttinger Nachbarschaft bei Kappa optronics in Gleichen werden z.B. Kamerasysteme für Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und U-Boote hergestellt. Doch die direkte Umwandlung von ziviler zu militärischer Produktion nimmt jetzt Fahrt auf. Beispiel Görlitz: hier will der

Rüstungskonzern KNDS ab März 2026 auf dem Gelände des Bahntechnik-Konzerns Alstom gepanzerte Fahrzeuge herstellen. Rüstung boomt. Und der Aufschwung, den Merz verspricht, wird - wenn er denn kommt - wesentlich von der Rüstungsindustrie getragen werden.

Das darf auch in den Gewerkschaften nicht übersehen werden, wenn Forderungen zur Sicherung von Industriearbeitsplätzen und nach industriepolitischen Impulsen erhoben werden. Wenn grüner Stahl produziert wird, ist das gut, aber wenn er zum Panzer- statt zum Schienenbau verwendet wird, ist es mit Nachhaltigkeit und Ökologie nicht weit her. Von Frieden ganz zu schweigen. Wir wollen mitsprechen darüber, was produziert wird und wir wollen nicht für den Krieg produzieren!

(sl)

Jugend in der Krise: Raus aus dem Jugendzentrum, rein in die Kaserne?! Wehrpflicht? Nein Danke!

Im November vergangenen Jahres standen wir mit 500 anderen Menschen auf der Straße und haben gegen

die im sogenannten Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Kürzungen bei der Göttinger Jugendarbeit pro-

testiert. Und waren erfolgreich! Die Planungen, die für die Einrichtungen im Grunde existenzbedrohend gewesen wären, wurden fallen gelassen. Aber wir leben in der Zeitenwende. Und das bedeutet, dass der Bund sich an den Geldern der Kommunen bedient, um die Zinsen für seine Kriegskredite zu bezahlen. Die fehlenden Gelder reißen wiederum Löcher in die Stadtkassen, auch in Göttingen.

Und diese Löcher sollen gestopft werden, auf Biegen und Brechen. Daher folgt nun der nächste Angriff auf die Jugendarbeit in Göttingen. Das Jugendzentrum Geismar ist von der Kündigung seiner Räumlichkeiten bedroht. Der Grund sind festgestellte Mängel beim Brandschutz, deren Beseitigung angeblich 10 Millionen Euro kosten! Ohne seine Räume in der Heidelbergasse steht das JZ Geismar vor dem Aus. Für die Stadt sicher nicht die schlimmste Vorstellung, denn das Gelände ließe sich zu Geld machen, wenn die lästigen Jugendlichen erstmal weg sind. Wo die dann hin sollen? Wir leben doch in der Zeitenwende! Die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht kurz bevor. Also ab in die Kaserne...

Wir sagen Nein zur Schließung des JZ Geismar! Nein zur Wehrpflicht! Jugend braucht Perspektiven!

(@sdaj_goettingen)



Grone: Nicht vergessen!

Das Wetter ist gut am Ostermontag. Das Mittagessen steht auf dem Herd, die Kinder spielen, aber irgendwas wollte ich doch noch...? Achja, Hendrik anrufen, nicht vergessen! "Falkenberg", meldet sich das Groner Ortsratsmitglied der Göttinger Linken. "Frohe Ostern. Sag mal, wie hältst du am 1. Mai?", frage ich. "Na wie werd ichs als Gewerkschafter wohl halten? Ich geh zur Demo und nachher dann zur Kundgebung, wie immer!"

- "Und die Leute von der Mieterinitiative?" "Die kommen mit, ist doch klar! Mieterbewegung und Arbeiterbewegung gehören zusammen, vergessen?"

- "Nicht vergessen! Also ich nicht, aber bei den Gewerkschaften weiß ich es manchmal nicht so recht." "Wissen

tun die es schon, Moment, irgendwo hier hab ich doch so ne Broschüre von ver.di.", er kramt. "Ah, hier, »Gutes Wohnen für Alle«, die ist echt gut! Also die richtigen Forderungen haben die Gewerkschaften in dem Bereich. Aber du hast schon auch Recht. In den Tarifrunden wird das Thema Miete anscheinend dann doch einfach vergessen. Zumindest, wenn man sich die Abschlüsse so anguckt." Ich ahne, worauf er hinauswill: Abschlüsse wie der im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen schaffen nichtmal einen wirklichen Inflationsausgleich. Und in den Warenkorb, der zur Berechnung der Inflationsrate herangezogen wird, fließen die Miet- und Nebenkosten nur zu 20% ein. Dabei frisst der Posten "Wohnen" für viele Haushalte mittlerweile eher ein

Dittel oder direkt die Hälfte des Einkommens auf. "Genau!", ruft Hendrik durchs Telefon, "die Mieten galoppieren uns davon ohne Ende und die Löhne kommen nicht hinterher. Hast du das mit den neuen Wohnungen im Gothaer Haus gesehen? 24 Euro pro Quadratmeter kalt! Es wird Zeit, dass wir die Mietenfrage auch als Teil von Tarifkämpfen verstehen und ernst nehmen!"

- "Stimmt.", sage ich, "für die nächsten Tarifkämpfe müssen wir stärker werden, Abschlussfrust hin oder her, und das Thema Wohnen dürfen wir dabei dann nicht vergessen!" "Amen", lacht Hendrik, "frohe Ostern, aber wir sehen uns auf der Straße am 1. Mai!"

(sl)

Kulturteil: Wessen Morgen ist der Morgen?



„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen“ (Bertolt Brecht)



Sagen was ist!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/



Machen wir uns nichts vor: Arbeiterlieder sind momentan, ob nun im bisweilen etwas pathetischen Gewand der Aufführungen in der DDR oder in der Lagerfeuer-Schrammel-Variante, eine musikalische Nische und als solche nur etwas für Liebhaber. Dabei steckt hinter jedem Lied eine bewegte Geschichte des Kampfes gegen die herrschende Ordnung, ja es lässt sich anhand der Geschichte des Arbeiterliedes ganz hervorragend auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt nacherzählen und das alles andere als museal. Genau das tut Kai Degenhardt in seinem Buch "Wessen Morgen ist der Morgen?" meisterhaft. Über fast zwei Jahrhunderte erstreckt sich die Geschichte, die er da sowohl musikalisch als auch historisch spannend vor dem Leser ausrollt. Man merkt, was Arbeiterlieder eigentlich sind: Ausdruck, Begleitung und Inspiration echter Kämpfe und solidarischer Gemeinschaft. Und wenn man dann

noch Kais CD "Arbeiterlieder" hört, weiß man auch, dass sie genau das immer noch sein können. Am Besten hört man sich aber sowohl die Geschichten als auch die wunderbar entstaubten Lieder gleich live an bei einem von Kais unzähligen Auftritten. Auch in unserer Gegend war er damit schon unlängst: am 25. April begeisterte er auf Einladung des DGB das Publikum in Northeim.

Buch: Wessen Morgen ist der Morgen, Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland, Neue Kleine Bibliothek 332, 215 Seiten.

CD: Arbeiterlieder. Zwölf Arbeiterlieder aus drei Jahrhunderten.

Beides erhältlich im UZ-Shop:
www.shop.unsere-zeit.de

(sl)